

MARKUS MILLER

KAPITAL SCHUTZ FIRST

MAKE YOUR MONEY SAFE AGAIN!

Die besten Strategien zum Schutz Ihres
Vermögens, Ihrer Daten, Eigentumsrechte
und Ihrer persönlichen Freiheit!

FBV

MARKUS MILLER

**KAPITAL
SCHUTZ
FIRST**

MARKUS MILLER

KAPITAL SCHUTZ FIRST

MAKE YOUR MONEY SAFE AGAIN!

Die besten Strategien zum Schutz Ihres
Vermögens, Ihrer Daten, Eigentumsrechte
und Ihrer persönlichen Freiheit!

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

Für Fragen und Anregungen

info@m-vg.de

Wichtiger Hinweis

Ausschließlich zum Zweck der besseren Lesbarkeit wurde auf eine genderspezifische Schreibweise sowie eine Mehrfachbezeichnung verzichtet. Alle personenbezogenen Bezeichnungen sind somit geschlechtsneutral zu verstehen.

Originalausgabe

1. Auflage 2024

© 2024 by Finanzbuch Verlag, ein Imprint der Münchner Verlagsgruppe GmbH

Türkenstraße 89

80799 München

Tel.: 089 651285-0

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Wir behalten uns die Nutzung unserer Inhalte für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor.

Redaktion: Petra Sparrer

Korrekturat: Christine Rechberger

Umschlaggestaltung: Karina Braun

Satz: inpunkt[w]o, Wilnsdorf (www.inpunktwo.de)

Druck: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN Print 978-3-95972-769-3

ISBN E-Book (PDF) 978-3-98609-497-3

ISBN E-Book (EPUB, Mobi) 978-3-98609-498-0



Weitere Informationen zum Verlag finden Sie unter

www.finanzbuchverlag.de

Beachten Sie auch unsere weiteren Verlage unter www.m-vg.de

Inhalt

Vorwort – Make your Money Safe again!	11
Einleitung – Die Welt ist aus den Fugen	13
Demografie und Sicherheit	15
Deutschland benötigt qualifizierte Migration	16
Ist Deutschland ein aufgeblähter Staat?	17
Rekordinflation bei staatlichen Kontoabrufen	18
Deutschland, eine Überwachungsrepublik	19
Eigentum kann enteignet werden	20
Die Grundlagen zum Lastenausgleich	21
Vergleichbare Rahmenbedingungen	21
Zwei Strategien zum Schutz	22
Global Wealth Report 2023: Deutschlands Wohlstand erodiert	23
Kein Rückenwind	24
Maßhalten	24
Treue	25
Das Bankfilialsterben geht weiter	29
Die Zukunft ist digital: Mobilgeld statt Bargeld	29
Die neuen Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen	30
Cyberangriffe zählen zu den größten Zukunftsrisiken	31
Zins-Krebs	31
Schaffen Sie sich Ihr eigenes Trennbanken-System	33
Was passierte im Jahr 1971?	34
Das US-Trennbanken-System: *1933 – †1999	34
Psychischer Kapitalschutz	35
Der AXA Mental Health Report	36
Bitcoin: Krypto-Weltleitwährung und digitales Gold	38
In Gold & Bitcoin We Trust	41
Einfaches Geldsystem?	43
Von Warren Buffett lernen: Chancen nutzen und Fehleinschätzungen korrigieren.	45
Der erste Krypto-Vermögensbericht	46
Lebensversicherer in Schwierigkeiten	48
Das Zahlungsverbots-Gesetz	49
Der Welt-Lebensversicherungs-Report	51

Kapitel 1 – Ihr Kapitalschutz im Ausland	53
Ihre Standbeine in der Schweizer-Franken-Union	53
Die Schweizer Hausbank aus der Bodenseeregion	54
Der sichere Schweizer Hafen für Geld und Wertpapiere	56
Mit digitalen Apps und Mobile Payment zum Bankenstandbein in der Schweiz	57
Ein bankenunabhängiger Vermögensverwalter mit Sitz in Vaduz	59
Ein einfacher Weg zur Vermögensverwaltung in Liechtenstein	61
Attraktive Schweizer Bank für Trader	63
Das Tagesgeldkonto aus Schweden	65
Gut verzinsten Anleihen als Alternative zu Fremdwährungskonten	66
Innovative Kapitalschutz-Strategien aus Liechtenstein	70
Online-Brokerage in Liechtenstein	72
Fort Knox im Fürstentum	74
Schließfächer: Bankenunabhängige Dienstleister	76
Heimtresor risikobehaftet	78
Roboter-Schließfächer	78
Die Trisor-Standorte	79
Die besten Tresorgold-Anbieter	80
Pax Gold: die Gold-Kryptowährung in der Blockchain	89
Ein bankenunabhängiges Sicherlager-Konzept aus Liechtenstein	91
Solide Vermögensverwahrung in der Schweiz Asiens	95
Der Bankenstadtstaat Singapur	95
Diamanten als Token	96
Depotüberträge ins Ausland	98
Kapitel 2 – Collectibles: Lukrative Anlageklasse	101
Numismatik: Limitierungen als Basis für Werterhalt und Wertsteigerung	102
Crypto Vreneli als hybride Werte	107
Flexible Apps für physische Münz- und Barren-Portfolios	109
Digital Collectibles mit realen Werten – von der Rolex bis zum Porsche	110
Blockchain-Briefmarken als Einstieg in die Welt der NFTs	112
Lukrative Sammlerweine	113
Originalverpackte Lego-Sets und Minifiguren	117
Antike Streichinstrumente	119
Die drei besten Auktionsplattformen	121
Kapitel 3 – Die besten Strategien für die neue Zinswelt	123
Treppen-Strategie für ein renditeoptimiertes Tages- und Festgeld-Portfolio	124
Die Geldmarkt-Strategie: »Cash Plus«-Renditen	127
Die Liechtenstein-Strategie: Tages- und Festgeldangebote	129
Die Spekulations-Strategie: Kurshebel bei Zinssenkungen	133

Aktien-Strategie: Der »Unternehmerfonds für alle« investiert in robuste Gewinnmaschinen.....	135
Multimanager-Strategie: So investieren Sie in das Wissen und die Strategien erfolgreicher Fondsmanager.....	137
Kompetent hinterfragte Nachhaltigkeit	139
Vier attraktive Fremdwährungen aus Arabien	143
Mehr Performance in der betrieblichen Altersvorsorge	145
Fallstricke und Chancen offener Immobilienfonds.....	149
Tax Liens: Mit den Steuerschulden anderer Geld verdienen.....	152
Kostenloses Golddepot für Ihre Kinder und Enkelkinder.....	154
Gold: Renaissance als Weltreservewährung	156
Minenwerte: Hebeleffekt auf die Edelmetall-Preise	157
Mit ETFs in die größten Goldminenaktien der Welt investieren.....	160
Silberminen-ETF: Weißes Edelmetall mit großem Kurspotenzial	166
Kostenloser »Röntgenbericht« für Aktienfonds und ETFs	168
Kapitel 4 – Geldsysteme der Zukunft.....	171
Der E-Euro und andere digitale Zentralbank-Währungen	171
Alternative Krypto-Renditen durch Staking	173
Token: vielschichtige Möglichkeiten	177
Der erste 100-prozentige Edelstein-Token der Welt.....	178
Das Bitcoin-Mining.....	179
Perfide Marketingmaschinen erkennen.....	181
Krypto-Portfolio als Mogelpackung	182
Lightning-Wallets	184
Dezentrale Kryptobörsen	185
Der Bitcoin hat das Potenzial zum Urmeter des Geldes	186
Kapitel 5 – Privatsphäre, Datensicherheit & Cyberkriminalität	189
Wirkungsvolle Strategien der digitalen Selbstverteidigung	190
Datentresor: Die digitale Alpenfestung mit Passwortmanager	192
Mobile Datenspeicher mit Zahlenkombination.....	193
Vier kostenlose Tools zur Optimierung Ihrer USB-Sticks.....	195
Im Internet anonym bleiben: Strategien	196
Schutz gegen Datenlecks	198
Schutz gegen Angriffe auf Banking- und Krypto-Apps.....	200
Schutz Ihrer digitalen Identitäten.....	201
Sicher in die Online-Konten: Zwei-Faktor-Authentifizierung	204
Ein Senioren-Assistent für das Online-Banking	207
Die virtuelle Kreditkarte	209
Virtuelle Einwegkarten für mehr Sicherheit im bargeldlosen Zahlungsverkehr.....	211

Multiwährungskarten für den Zahlungsverkehr mit Fremdwährungen.....	212
Multiassetkarten: Aktien, Edelmetalle und Kryptowährungen als liquide Zahlungsmittel.....	214
Die Amex Platinum Card	216
PassportCard: Mastercard mit internationalem Gesundheitsschutz	219
Der intelligente Safe	221
Ein Offline-Datentresor zum Schutz für das Smartphone	224
Smartphone und Tablet vor Juice Hacking schützen.....	226
Ihre Online-Aktivitäten anonymisieren.....	227
Prophylaxe und schnelle Hilfe bei Verdacht auf Kapitalanlagebetrug.....	230
Vorsicht vor Betrugsmaschinen: »Schock-E-Mails«.....	235
Dust-Attacken auf Krypto-Wallets	236
Die Bitcoin-Betrugsmasche Hacking-Bluff	237
Achtung vor Smishing und Brandphishing	239
Reich mit Kryptos? Network-Marketing und Schneeballsysteme	241
Über Love Scamming zum Krypto-Betrug	243
Dubiose Investment-Tipps aus den sozialen Medien.....	244
Crypto-Assistent – kriminelle Absichten hinter Stellenangeboten	249
Wiederherstellungsservice bei Zugriffsverlust auf Kryptowährungen	252
Krypto-Sicherheit: Backup-Codes auf Metall	253
Detektive, die im Internet ermitteln	255
Kapitel 6 – Ihr Versicherungsschutz	257
Erben & Schenken: Fünf Gestaltungsmodelle	257
Der alternative Rentenbaustein nach dem Vorbild des DigiCent-Konzepts ..	261
Doppeltes Sondervermögen: Die steuerbegünstigte ETF-Police aus Liechtenstein	265
Der digitale Optimierer für Ihr Versicherungs-Portfolio	269
Die Beitragsexplosion bei Ihrer privaten Krankenversicherung prüfen.....	271
Die Grundfähigkeitsversicherung als Kapitalschutz.....	273
Ihr Rechtsschutz im Ausland.....	279
Bitcoin: Wallet-Versicherung.....	281
Cyberschutz: Der Internet-Schutzbrief	282
Kapitel 7 – Ihr Steuerschutz.....	283
Erbschaftssteuer sparen	283
Steuervorteile mit einem Zweckvermächtnis	287
Rechtliche und steuerliche Aspekte einer Kapitalanlage für Kinder.....	288
Das Nießbrauchrecht als Steueroase	290
Die »Depot-GmbH«, steuerliche Optimierung von Aktien-Investments	292
So wird Ihre Krypto-Steuererklärung finanzamtssicher	296
Krypto-Investoren: Schreiben vom Finanzamt prüfen.....	299

Die Vorabpauschale ist zurück – so schützen Sie Ihre Fonds und ETFs	300
Gesetzesänderung für US-Wertpapiere, was tun?	304
Depotleichen: ein legaler Steuertrick	306
Vermietete Immobilien: Die Kaufpreisaufteilung bringt bares Geld	308
Krankheitskosten steuerlich absetzen.	312
Virtuelle Steuerberatung	314
Steueroase Schweiz – Mythos oder Realität?	315
Kapitel 8 – Ihr Rechtsschutz	319
Die besten Rechtsschutzversicherungen	
für Kapitalanleger.....	319
Rechtliche Fragen bei Erbstreitigkeiten	323
Die Digitalisierung in der Welt der Notare	326
Leistungskürzungen bei Lebens- und Rentenversicherungen	
prüfen lassen	330
Der Bundesgerichtshof hat die Riester-Kostenklausel bei Sparkassen gekippt. ..	332
Die geltende Rechtslage zur Meldepflicht für Auslandskonten und	
-überweisungen	333
Zuverlässiger digitaler Treuhandservice	336
Risikolos Ihre Rechte durchsetzen	340
Rechtliche Hilfe bei gesperrten Konten und blockierten Vermögenswerten ...	342
So wehren Sie sich gegen die rechtswidrige IBAN-Diskriminierung	343
Investoren geschlossener Fonds: Rückforderungen von Ausschüttungen	
erfolgreich abwehren	346
Greenwashing-Skandal: rechtliche Ansprüche prüfen	347
Der Testament-Generator	349
Die rechtsverbindliche private Darlehensvergabe	351
Das Rechtsgebiet der Cyber- und Kryptokriminalität	353
Kapitel 9 – Ihr Immobilienschutz.....	357
Der Immobilienwert	357
Die Vorteile eines Solaranlagen-Investments	359
Energieberater steigern den Immobilienwert	361
Kapitalschutztipps für Vermieter und Mieter	365
Für »Best Ager« mit Immobilie: die flexible Lösung für ein Darlehen im Alter	368
Fragen und Antworten zur Immobilien-Rente.....	370
Share Economy: Nutzbare Anteile an Ferienimmobilien	373
Kapitel 10 – Plan B: Erfolgreich auswandern	379
Ausfliegen als Vorstufe einer Auswanderung	379
»Lex Beckham« macht Spanien zu einem attraktiven Zuzugs- und Wohnsitzland.	382
Thailand: »Das Land des Lächelns«.....	384
Panama: Lebensqualität und Residence-Programme	388

Kapitel 11 – Investments in Megatrends	391
Mit ETFs und Sparplänen in die Cyberwelt investieren	392
Digitalisierung: Das Zeitalter der digitalen Transformation verändert die Welt.	393
KI: Neue Algorithmen führen zu bahnbrechenden Entwicklungen	395
Cybersecurity-Aktien	397
Zukunftstechnologie Blockchain	399
Automatisierung & Robotik: Boomende Nachfrage.....	401
Gaming: Der Multi-Milliarden-Zukunftsmarkt der Online-Spiele	402
Hohe Wachstumschancen für Technologiemetalle	404
Zeitenwende: Wasserstoff ist das neue Gas.....	407
Agrarrohstoffe: Ein Investment in die Landwirtschaft	410
Nachwachsende Ressourcen: Holz als Nutzmaterial, Energieträger und Luxusgut.....	412
Regenerative Ressource: Wasser als der am meisten verbrauchte Rohstoff der Welt	416
Trendfolge-Strategie: Der Portfolio-Stabilisator für unruhige Börsenzeiten ..	418
Schlusswort	423
Family First.....	423
Über den Autor: Markus Miller.....	425

Vorwort

Make your Money Safe again!

Die Staaten sind hochverschuldet, das globale Bankensystem ist fragil und unser Geld todkrank. Eine im Jahr 2023 veröffentlichte Forsa-Umfrage kommt zu dem Ergebnis, dass annähernd 50 Prozent der Menschen in Deutschland der Bankeneinlagensicherung nicht mehr vertrauen. Die wenigsten dieser besorgten Bürger treffen allerdings Maßnahmen, um ihr Geld zu schützen. Die Systemrisiken sind derzeit so hoch wie selten zuvor in unserer jüngeren Geschichte seit dem Zweiten Weltkrieg. Ein Systemrisiko ist in der Ökonomie ein Gefahrenpotenzial, das das Fortbestehen eines Geld- oder Wirtschaftssystems beeinträchtigen kann. In der Finanzwirtschaft kann der Zusammenbruch eines systemrelevanten Marktteilnehmers oder einer Branche auf andere Bereiche übergreifen.

Derartige Dominoeffekte wurden uns bereits nach dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers in dramatischer Weise durch die schwerwiegenden Folgen für die Finanz- und Realwirtschaft vor Augen geführt. Seit der Finanzkrise des Jahres 2008 gibt es eine rechtliche Definition (Legaldefinition) für den Begriff Systemrisiko. In Deutschland ist sie in Paragraph 1, Absatz 33 des Kreditwesengesetz (KWG) festgeschrieben. Es steht außer Frage, dass bei der Eskalation einer Systemkrise gravierende Maßnahmen seitens des Gesetzgebers ergriffen werden, um einen Systemkollaps mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern, z. B. indem Kunden von Banken und Versicherungen belastet werden, etwa durch Zwangsabgaben auf Bankkonten oder Auszahlungsmoratorien für Lebens- und Rentenversicherungsverträge.

Aufgrund dieser Entwicklungen ist es nicht verwunderlich, dass der Datenhunger und die Zugriffsmöglichkeiten des Staats immer weiter steigen. Dazu zählen das Kontenabrufverfahren, das Jahr für Jahr auf neue Höchstwerte ansteigt, ebenso wie die Zahlungsdienstrichtlinie PSD2 und die Geldwäschegesetze. Auch

die EU-Bankenunion (EDIS) mit ihrem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) gehört dazu. Dieses Gesetz schafft die Grundlage für eine Haftungsgemeinschaft und Umverteilungsunion für alle EU-Banken. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl weiterer Gesetze wie den EU-Eigenmittelbeschluss.

Vor diesen Systemrisiken müssen Sie sich durch vielschichtige Kapitalschutz-Strategien absichern. Ihr zu schützendes Kapital umfasst nicht nur Geld oder klassische Vermögenswerte, sondern auch Daten und Eigentumsrechte. Gleichzeitig sollten Sie auch in die digitale Transformation und die Geldsysteme der Zukunft investieren. Schaffen Sie sich jetzt Ihr eigenes Trennbankensystem und verteilen Sie Ihre Vermögenswerte auf unterschiedliche Strategien, von Auslandsbanken über Blockchain-Wallets bis zu mobilen Sachwerten und bankenunabhängigen Dienstleistern.

Gold und Bitcoin sind für mich Basis-Systemversicherungen für Ihre Strategie des »Kapitalschutz First«, weil sie schuldenfreie und limitierte Ausgleichssysteme gegen die systemischen Gefahren darstellen, die Ihre Vermögenswerte und somit Ihre persönliche Freiheit latent bedrohen. Mit diesem Buch empfehle ich Ihnen bewährte Strategien mit einem einzigartigen Praxisbezug zum Schutz Ihres Vermögens, Ihrer Daten, Eigentumsrechte und Ihrer persönlichen Freiheit.

Ihr
Markus Miller

Einleitung

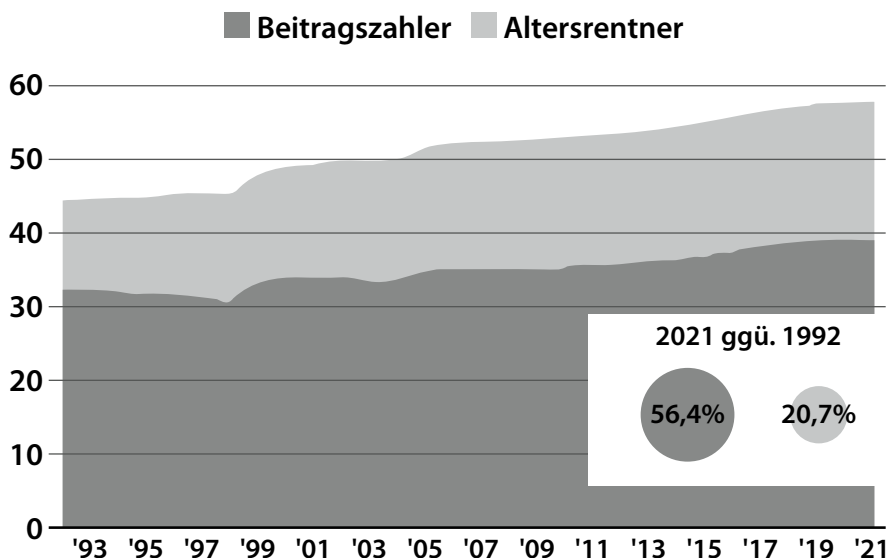
Die Welt ist aus den Fugen

Peter Scholl-Latour (1924–2014) war und ist für mich ein journalistisches Vorbild, weil er hochkomplexe Zusammenhänge in ebenso klaren wie verständlichen Worten erklären und damit Orientierung geben konnte. Im Jahr 2013, kurz vor seinem Tod, habe ich erstmals sein Buch »Die Welt aus den Fugen – Betrachtungen zu den Wirren der Gegenwart« gelesen. Neben »1984« von George Orwell hat mich kaum ein Buch so tief und nachhaltig beeindruckt wie dieses. Weil Peter Scholl-Latour vor dem Hintergrund seiner 60-jährigen Erfahrung als Chronist des Weltgeschehens bereits vor mehr als zehn Jahren die Brennpunkte der aktuellen Weltpolitik beleuchtete und feststellte, dass die Welt im Angesicht eines aufziehenden Gewittersturms steht. Ob in Russland, Subsahara-Afrika oder Lateinamerika, in Arabien oder im Nahen und Mittleren Osten, überall braute sich schon damals Unheilvolles zusammen. Und auch Europa und die USA, einst Horte der Stabilität, werden inzwischen von Krisen heimgesucht wie seit Langem nicht.

Der Kriegausbruch in der Ukraine, in Nahost und zahlreiche weitere regionale Konflikte und Kriege haben Latours Aussagen längst bestätigt. Der Abzug der USA aus dem Irak und Afghanistan hinterließ zerrüttete Staaten, die nach wie vor in Chaos und Bürgerkriegen versinken. Der Konflikt um Irans Atompolitik hat sich zugespitzt und hängt weiterhin wie ein Damoklesschwert über der Welt. Auch Pakistan ist eine tickende Zeitbombe.

Die Zahl der gescheiterten Staaten (Failed States) als Brutstätten des Terrorismus nimmt beständig zu, vor allem in Afrika. Europas und speziell Deutschlands monetäre und gesellschaftliche Belastungen durch die – unkontrollierte – Massmigration werden zu einer der größten Belastungsproben seit dem Zweiten Weltkrieg. Auch die Finanzwelt und die darauf basierende Stabilität von Banken und Währungen gerät dadurch weiter unter Druck.

Deutschlands Rentensystem aus dem Lot



Anzahl der Altersrentner und Beitragszahler in der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland in Millionen, Quelle: Deutsche Rentenversicherung, statista

Das deutsche Rentensystem gerät zunehmend aus dem Gleichgewicht. Das zeigt die Statista-Grafik auf der Basis von Daten der Deutschen Rentenversicherung. Demnach wächst die Zahl der Rentner stärker als die der Beitragszahler: Die Zahl der Beitragszahler ist in den vergangenen drei Jahrzehnten um rund 21 Prozent gestiegen. Im selben Zeitraum nahm die Zahl der Altersrentner allerdings um 56 Prozent zu. Diese Entwicklung zeigt anschaulich, dass der demografische Wandel in Deutschland in vollem Gang ist. Die deutsche Bevölkerung altert massiv.

Rechnerisch stehen einem Altersrentner im Jahr 2023 2,1 Beitragszahler gegenüber. Anfang der 1960er-Jahre war das Verhältnis noch solider: Auf einen Altersrentner kamen sechs aktiv versicherte Erwerbspersonen. Da demnächst die Babyboom-Generation in Rente geht, nimmt das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern in Zukunft weiter ab. Als Babyboomer werden die geburtenstarken Jahrgänge der Zeit von 1955 bis 1965 bezeichnet. Gleichzeitig schrumpft mit ihrem Ruhestand die Größe der Erwerbsbevölkerung und damit auch die Zahl der potenziellen Beitragszahler. Prognosen des IW Köln zufolge kommen

im Jahr 2030 auf einen Rentner noch 1,5 Beitragszahler. Im Jahr 2050 könnten es sogar nur noch 1,3 sein.

Mein Fazit: Demografie und Stabilität des Rentensystems sind gigantische Herausforderungen. Das Management des Langlebigkeitsrisikos wird immer wichtiger.

Demografie und Sicherheit

Die Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland hat sich in den vergangenen sieben Jahrzehnten stark geändert. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) 2023 mitteilte, war 1950 noch jede zehnte Person (10 %) auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland 65 Jahre und älter. 2021 stieg der Anteil auf mehr als ein Fünftel (22 %). Der Anteil der jüngeren Bevölkerungsgruppen im Alter von unter 15 Jahren nahm im selben Zeitraum ab. Von 23 Prozent im Jahr 1950 auf 14 Prozent im Jahr 2021.

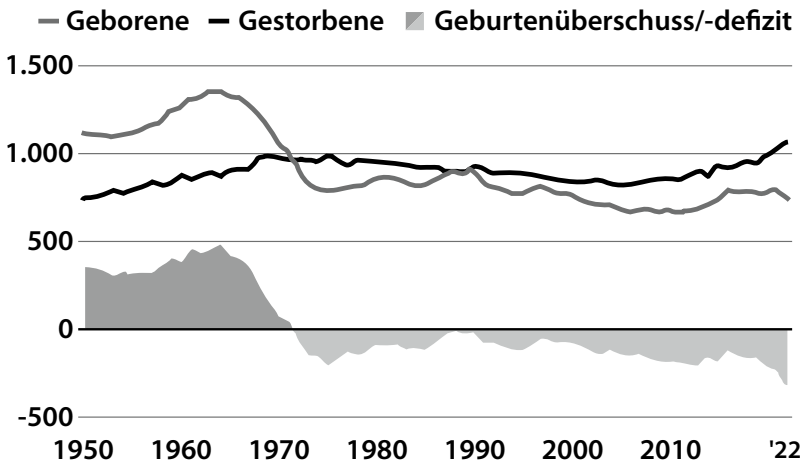
Neben der steigenden Lebenserwartung nimmt auch der starke Geburtenrückgang der vergangenen Jahrzehnte Einfluss auf die Alterung der deutschen Gesellschaft. 1950 wurden auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland gut 1,1 Millionen Kinder geboren, 2022 waren es rund 739.000. Besonders stark stiegen die Geburtenzahlen Ende der 1950er-Jahre und erreichten 1964 mit knapp 1,4 Millionen Neugeborenen einen Höchststand. Nach diesem sogenannten Babyboom folgte ein starker Rückgang der Geburten. Wichtige Faktoren hierfür waren u. a. die mit der Emanzipation der Frauen einhergehende Erwerbsbeteiligung sowie die Verbreitung der Pille.

Die niedrigste Geburtenzahl seit 1946 wurde 2011 registriert: In diesem Jahr kamen nur noch 662.700 Kinder zur Welt. Auch die Zahl der Verstorbenen stieg hierzulande zwischen 1950 und 1970 von rund 750.000 auf knapp eine Million. Während aber die Zahl der Geburten in den 1970er-Jahren deutlich sank, unterlag die Zahl der Sterbefälle weniger starken Veränderungen. Infolgedessen verzeichnete Deutschland seit 1972 ein Geburtendefizit, das heißt, es starben jährlich mehr Menschen, als Kinder geboren wurden.

Deutschland benötigt qualifizierte Migration

Im Jahr 2019 habe ich ein Buch mit dem Titel »Finanzielle Selbstverteidigung« geschrieben. Darin habe ich drei Schlüsselthemen für Deutschland herausgearbeitet: Digitalisierung, Demografie und Migration. An diesen Herausforderungen hat sich seither nichts geändert, im Gegenteil. Bereits seit 1972 sterben jedes Jahr mehr Menschen, als geboren werden. Dieses Geburtendefizit hat sich verstärkt und 2022 mit einem negativen Saldo von 327.000 Menschen den vorläufigen Höhepunkt erreicht. Neben der steigenden Lebenserwartung nimmt auch der starke Geburtenrückgang der vergangenen Jahrzehnte Einfluss auf die Alterung der deutschen Bevölkerung.

Geburtendefizit in Deutschland seit 1972



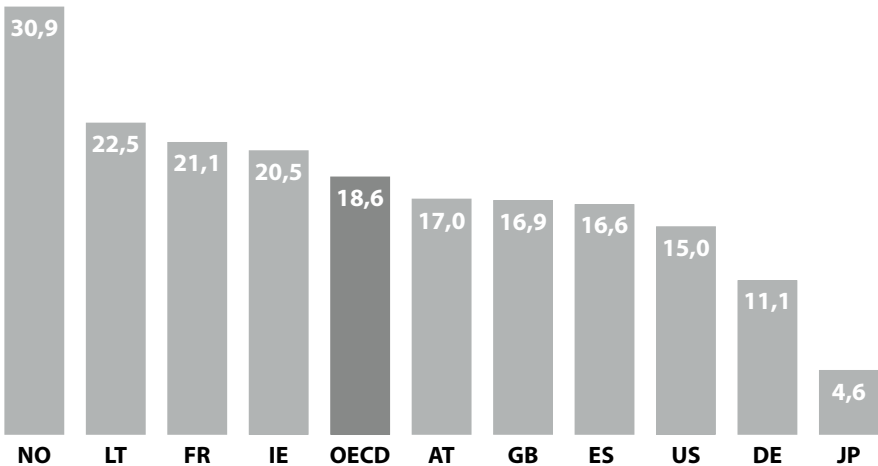
Zahl der Geburten und Todesfälle in Deutschland in Tausend, Quelle: Statistisches Bundesamt, statista

Mein Fazit: Deutschland benötigt aufgrund seiner schlechten demografischen Struktur dringend eine qualifizierte Migration: Zuwanderer in Form junger qualifizierter, leistungsstarker und leistungswilliger Menschen, die Beiträge in unsere Gesundheits-, Sozial- und Rentensysteme zahlen. Von diesen Qualitätskriterien sind wir leider weit entfernt.

Ist Deutschland ein aufgeblähter Staat?

Ein großer Beamtenapparat, der regelt, prüft, genehmigt und kontrolliert – diese Vorstellung haben viele Menschen in Deutschland von den staatlichen Institutionen. Die Schweiz hingegen gilt als schlanker Staat. Der OECD-Vergleich zeigt allerdings, dass der öffentliche Sektor in anderen Ländern deutlich personalintensiver aufgestellt ist. Ganz vorne rangieren skandinavische Länder wie Norwegen und Schweden mit einem Beamtenanteil von um die 30 Prozent. In Deutschland sind gerade einmal 10,6 Prozent der berufstätigen Bevölkerung im Staatsdienst beschäftigt und damit nur ein geringfügig höherer Anteil als in der Schweiz.

Der deutsche Staat ist vergleichsweise schlank



Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Sektor an allen Beschäftigten in der OECD 2021 in Prozent, Quelle: OECD, statista

Mein Fazit: Trotz dieser auf den ersten Blick positiven Zahlen: Auch bei derartigen Statistiken steckt der Teufel im Detail. Gerade bei wichtigen Behörden wie der Polizei herrscht in der Bundesrepublik ein massiver Personalmangel. Dadurch ist ein latentes Risiko für die innere Sicherheit vorhanden.

Rekordinflation bei staatlichen Kontoabrufen

Der Begriff der Inflation stammt vom lateinischen »inflatio« und bedeutet »aufblähen«, was nicht nur auf die Preise, sondern auch auf bedenkliche Entwicklungen bei den staatlichen Kontoabrufen zutrifft. Im Jahr 2017 wurde in der Abgabenordnung der Paragraf 30a AO abgeschafft. Seither haben Finanzämter direkten Zugriff auf Kontodaten bei Banken in Deutschland. Dieser gravierende Vorgang ist eine Erweiterung des sogenannten Kontenscreenings, das bereits vor rund 15 Jahren als staatliche Überwachungsmaßnahme geschaffen wurde, um gezielte, heimliche Kontenabrufe durch eine Vielzahl von Behörden zu ermöglichen. Auch in Österreich gibt es zentrale Kontenregister, die für viele Behörden auf Knopfdruck einsehbar sind. Terrorismusfinanzierung, Geldwäsche, Steuerbetrug, Sozialmissbrauch oder säumige Privatschuldner sollen dadurch bekämpft werden.

Banken und Sparkassen in Deutschland müssen bereits seit 2017 auch die Steuer-Identifikationsnummer des Kontoinhabers in eine vernetzte Datenbank eintragen. Berechtigte Behörden wie Finanzämter, Polizei, Gerichtsvollzieher und Sozialbehörden oder die BaFin dürfen diese Informationen abrufen, ohne dass das Kreditinstitut oder der betroffene Bankkunde darüber informiert wird.

In Deutschland hat die Zahl der Kontenabrufe längst Ausmaße angenommen, die den Begriff eines Überwachungsstaats mehr als rechtfertigen. Im Jahr 2021 wurden 1.492.718 heimliche Kontenabfragen durchgeführt. Das sind rund 500.000 Abrufe mehr als noch im Jahr zuvor. Rund 75 Prozent betrafen steuerliche Kontenabfragen. Für das Jahr 2022 ist ein weiterer Rekord heimlicher Kontoabfragen zu erwarten und dieser Trend hält mit hoher Wahrscheinlichkeit im Jahr 2023 und darüber hinaus an.

In steuerlichen und behördlichen Angelegenheiten gehört das Bankgeheimnis längst der Vergangenheit an. Gerade deswegen macht die Konto- und Depotführung bei Banken in Ländern außerhalb der EU sehr viel Sinn. Zum einen bauen Sie sich dadurch ein Standbein außerhalb der fragilen Haftungssysteme von Euro und EU auf, die weit solideren Einlagensicherungen unterliegen und keine EU-Mithaftungsrisiken aufweisen. Zum anderen ist das automatisierte Abrufverfahren inländischer Behörden bei Banken im Ausland nicht möglich.

Der Staat schränkt Privatsphäre und Bürgerrechte durch seine zunehmenden Überwachungsmaßnahmen immer weiter ein. Diese Entwicklungen könnten in einem Krisenfall die Vorstufe für einen neuen Lastenausgleich sein. Gleichzeitig ist nicht alles falsch, was der Staat macht. Das gilt z. B. für die attraktiven Fördermaßnahmen für Immobilieneigentümer, die Sie zu Ihrem Vorteil in Anspruch nehmen können. Auch hierzu finden Sie wirkungsvolle Empfehlungen in diesem Buch.

Deutschland, eine Überwachungsrepublik

Der Staat weitet mittlerweile seine Überwachungsmaßnahmen weit über Banken hinaus aus. Seit dem 1.1.2023 sind Betreiber digitaler Plattformen dazu verpflichtet, dem Bundeszentralamt für Steuern regelmäßig Daten über ihre Kunden zu melden.

Grundlage für diese Meldepflicht und den damit verbundenen automatischen Austausch von Informationen meldender Plattformbetreiber in Steuersachen ist das Plattformen-Steuertransparenzgesetz PStTG. Hiervon betroffen sind z. B. Dienstleister wie Amazon, eBay oder Airbnb.

Sie ermöglichen, dass dritte Anbieter als Kunden über ihre Plattformen Waren verkaufen oder Ferienunterkünfte zur Miete anbieten. Auch Umsätze kleinerer Händler oder Dienstleister müssen gemeldet werden. Die Freigrenzen sind äußerst niedrig: Nur wenn einzelne Anbieter von Waren oder Dienstleistungen weniger als 30 Transaktionen mit einem Gesamtvergütungsvolumen von weniger als 2000 Euro erzielen, kann auf die Meldung dieser Kunden seitens der Plattformbetreiber verzichtet werden. Die gemeldeten Daten werden vom Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) an die zuständigen Finanzämter weitergegeben.

Mein Fazit: Die staatlichen Überwachungsmaßnahmen werden immer stärker ausgeweitet und miteinander vernetzt. Der Staat schafft mit dem PStTG ein weiteres Bürokratiemonster, das einen enormen Aufwand mit hohen Kosten für kleinere Plattformbetreiber mit sich bringt.

Eigentum kann enteignet werden

Ende Juni 2023 hat die Expertenkommission zur Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne ihren Bericht vorgelegt mit einem Ergebnis, das bei jedem Immobilienbesitzer die Alarmglocken klingeln lassen muss. Immobilienkonzerne wie die Deutsche Wohnen können nämlich in Berlin vergesellschaftet werden.

Rechtlich gebe es keine Bedenken, heißt es im Papier der Expertenkommission zum Volksentscheid »Deutsche Wohnen & Co. enteignen«. Geprüft wurde u. a., ob sich der Vergesellschaftungsartikel 15 des Grundgesetzes auf »die anvisierten Immobilien« beziehen lässt. Die Kommission kommt zu dem Ergebnis, es sei rechtlich machbar, wenn »die gemeinnützige Bewirtschaftung für die Zukunft gesetzlich gesichert« ist.

Dieses Gesetz wurde bislang noch nie angewendet, aber allein die Tatsache, dass eine derartige Möglichkeit besteht und eine Nutzung in Erwägung gezogen wird, bewerte ich als katastrophal für Deutschland, nicht nur für Immobilieneigentümer. Was mich regelrecht fassungslos macht, möchte ich am Beispiel von Aysel Osmanoglu beschreiben. Vermutlich haben Sie diesen Namen noch nie gehört. Frau Osmanoglu ist nicht etwa eine linke Politikerin, sondern Vorstandssprecherin der GLS Bank und Mitglied in der Expertenkommission zur Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne. Sie befürwortet ausdrücklich die Enteignungsmöglichkeit als »großen Schritt«, den sie mit »sozialen Aspekten« begründet. Ihrer Ansicht nach müsse die Spekulation mit Wohnimmobilien aus sozialen Gründen untersagt werden. Die GLS Bank ist keineswegs eine unbedeutende Regionalbank, sondern als Genossenschaftsbank die größte und nach eigener Darstellung erste sozial-ökologische Bank Deutschlands.

Diese Entwicklungen, die Entscheidung der Expertenkommission und die stellvertretenden Aussagen von Aysel Osmanoglu sind für mich eine Farce für den Investitionsstandort und die Rechtssicherheit in Deutschland.

Der Artikel 14 des Grundgesetzes »Eigentum verpflichtet« ist derzeit für Immobilieneigentümer mehr als ein Schlag. Als seien diese Entwicklungen nicht schon belastend genug, nehmen die Erbaueinandersetzungen im Zusammenhang mit Immobilien massiv zu. Deswegen ist es wichtig, für den Fall der Fälle entsprechende Rechts- und Steuerexperten zur Hand zu haben. Ich empfehle Ihnen in diesem Buch wirkungsvolle Ansprechpartner.

Die Grundlagen zum Lastenausgleich

Ich erhalte immer mehr besorgte Zuschriften zu den Themen »Lastenausgleich« bei Immobilien und zur Vermögens- bzw. Zwangsabgabe. Diese Sorgen sind nicht unbegründet, weil Artikel 21 des Grundgesetzes mit dem Gesetz zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts (Lastenausgleichsgesetz) abgeändert wurde. Zum 1.1.2024 tritt diese Änderung in Kraft. Berichte in Medien und Internetforen greifen diese Gesetzesänderung auf und schüren teilweise große Ängste vor einem möglichen Lastenausgleich, überwiegend im Zusammenhang mit Immobilien. Nach meiner Einschätzung gibt es aber keinen Grund für akute Panik.

Im Nachkriegsdeutschland hatten viele Bürger durch die Folgen des Zweiten Weltkriegs und die Währungsreform von 1948 ihre Ersparnisse verloren. 1 Prozent der Bevölkerung hat hingegen die Krise sehr gut überstanden oder sogar davon profitiert. Deswegen war die Vermögensverteilung in Deutschland äußerst un- ausgewogen. 1 Prozent besaß rund 25 Prozent der gesamten Vermögenswerte. Deswegen beschloss die damalige Bundesregierung unter dem konservativen Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU), eine Sonderabgabe auf große Vermögenswerte in Höhe von 1,67 Prozent zu erheben und mit einer Laufzeit von 30 Jahren als Lastenausgleich einzuführen. Eine Folge dieses Gesetzes waren auch staatliche Zwangshypotheken auf Immobilien.

Die damit erzielten Staatseinnahmen kamen jenen Bürgern zugute, die nach dem Krieg weitgehend mittellos dastanden. In der breiten Bevölkerung traf diese Zwangsmaßnahme des Jahres 1952 auf eine große Zustimmung. Das zeigte sich auch an der überwältigenden Wiederwahl Konrad Adenauers im Oktober 1953.

Vergleichbare Rahmenbedingungen

Die Finanzkrise des Jahres 2008, die Eurokrise ab dem Jahr 2010, die Flüchtlingskrise des Jahres 2015, die Corona-Pandemie ab dem Jahr 2020 und die gravierenden Folgen des Kriegausbruchs in der Ukraine seit Februar 2022 sowie der Nahost-Konflikt des Jahres 2023 haben in Deutschland die schon bestehende finanzielle Ungleichheit massiv verstärkt. Innerhalb des Euroraums und auch im internationalen Vergleich weist Deutschland eine der höchsten Ungleichvertei-

lungen auf. Der Anteil der reichsten Einwohner Deutschlands verfügt mittlerweile über 30 Prozent des Vermögens – mehr also als nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Rahmenbedingungen sind daher mit der Nachkriegszeit vergleichbar. Ich halte es deshalb für immer wahrscheinlicher, dass tatsächlich ein neuer Lastenausgleich nach dem Vorbild von 1952 kommen wird. Die gesetzlichen Grundlagen dafür sind bereits geschaffen. Dennoch ist festzuhalten, dass eine derartige Maßnahme nicht gleichbedeutend wäre mit dem Untergang Deutschlands, wie die Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen. Vielleicht sogar im Gegenteil.

Zwei Strategien zum Schutz

Es gibt Mittel und Wege, wie Sie sich und Ihr Vermögen vor einem möglichen Lastenausgleich schützen können. Entsprechende Maßnahmen stelle ich Ihnen bereits seit vielen Jahren vor. Nachfolgend die beiden wichtigsten Strategien:

✓ **Auswandern und Ausflagen**

Die wirkungsvollste Strategie, Negativentwicklungen in der Heimat zu umgehen, ist, Immobilieneigentum in Deutschland konsequent zu verkaufen und den Wohnsitz zu verlagern.

✓ **Vermögen in Rechtsstrukturen verlagern**

Wer Vermögenswerte bereits vorausschauend strukturiert, hat einen Plan B, um im Fall der Fälle weit schneller auswandern zu können. Und er erhöht so die Wahrscheinlichkeit, dass ein Lastenausgleich nicht mit voller Härte zuschlägt. Lösungen dafür sind z. B. der Einsatz von Versicherungspolice aus Liechtenstein für Vermögenswerte ab 100.000 Euro bis zur Gründung von Stiftungen im Fürstentum Liechtenstein für Vermögenswerte ab mindestens 2 Millionen Euro Kapitalvermögen.

Auch Gesellschaftsstrukturen im Inland erhöhen zumindest die Schutzfunktionen, wie etwa die Gründung einer vermögensverwaltenden GmbH oder einer Familiengenossenschaft für Immobilienvermögen. Weitere Lösungen, sich der Immobiliensorgen zu entledigen, ohne die Immobilien aufgeben zu müssen,

bieten Nießbrauch, Leibrenten oder ein Teilverkauf. Zu all diesen Segmenten gebe ich Ihnen in »Kapitalschutz First« Praxisempfehlungen und Adressen kompetenter Ansprechpartner.

Global Wealth Report 2023: Deutschlands Wohlstand erodiert

Die Allianz stellte 2023 die 14. Ausgabe ihres »Global Wealth Report« vor, der das Geldvermögen und die Verschuldung der privaten Haushalte in fast 60 Ländern analysiert.

Das Jahr 2022 war für die Sparer ein Jahr des Schreckens. Die Vermögenspreise fielen auf breiter Front. Das Ergebnis war ein kräftiger Rückgang des globalen Geldvermögens der privaten Haushalte um -2,7 Prozent, der stärkste Rückgang seit der Globalen Finanzkrise (GFC) 2008. Die Wachstumsraten der drei großen Anlageklassen unterschieden sich jedoch deutlich. Während Wertpapiere (-7,3 %) und Versicherungen/Pensionen (-4,6 %) starke Rückgänge verzeichneten, zeigten Bankeinlagen mit +6 Prozent ein robustes Wachstum. Insgesamt gingen Finanzanlagen im Wert von 6,6 Billionen Euro verloren; das gesamte Geldvermögen belief sich Ende 2022 auf 233 Billionen Euro.

Am stärksten war der Rückgang in Nordamerika (-6,2 %), gefolgt von Westeuropa (-4,8 %). Asien hingegen verzeichnete – mit Ausnahme Japans – noch relativ starke Wachstumsraten. Auch in China wuchs das Geldvermögen mit einem Plus von 6,9 Prozent kräftig. Verglichen mit dem Vorjahr (+13,3 %) und dem langfristigen Durchschnitt der letzten 20 Jahre (+15,9 %) war dies jedoch eine eher enttäuschende Entwicklung – die wiederholten Lockdowns forderten ihren Tribut.

Trotz der herben Verluste lag das weltweite Geldvermögen der privaten Haushalte Ende 2022 nominal immer noch um fast 19 Prozent über dem Stand von 2019 vor Ausbruch der Corona-Pandemie. Inflationsbereinigt reduziert sich dieser Zuwachs allerdings auf magere 6,6 Prozent in drei Jahren, d. h. zwei Drittel des (nominalen) Wachstums fielen den Preissteigerungen zum Opfer. Während die meisten Regionen zumindest ein gewisses reales Wachstum bewahren konnten, ist die Situation in Westeuropa anders: Alle nominalen Zuwächse wurden ausradiert, das reale Geldvermögen sank gegenüber dem Jahr 2019 um -2,6 Prozent.

»Jahrelang haben sich die Sparer über die Nullzinsen beschwert«, sagt Ludovic Subran, Chefvolkswirt der Allianz. »Doch der wahre Feind der Sparer ist die Inflation. Und das nicht erst seit dem Inflationsschub nach Covid-19. In Deutschland hat sich das nominale Vermögen pro Kopf in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Inflationsbereinigt liegt der Zuwachs nur noch bei wenig beeindruckenden 40 Prozent. Dies unterstreicht die Notwendigkeit intelligenten Sparens und größerer finanzieller Kompetenz. Aber die Inflation ist schwer zu besiegen. Ohne Anreize und Subventionen für langfristiges Sparen werden es die meisten Sparer schwer haben.«

Kein Rückenwind

Nach dem Rückgang im Jahr 2022 dürfte das globale Finanzvermögen im Jahr 2023 wieder ansteigen. Dafür spricht vor allem die (bisher) positive Entwicklung an den Aktienmärkten.

Insgesamt erwarten wir einen Anstieg des globalen Geldvermögens um rund 6 Prozent, auch unter Berücksichtigung einer weiteren »Normalisierung« des Sparverhaltens. Bei einer globalen Inflationsrate von rund 6 Prozent im Jahr 2023 sollte den Sparern ein weiteres Jahr mit realen Verlusten auf ihren Geldvermögen erspart bleiben.

»Die mittelfristigen Aussichten sind jedoch eher gemischt«, so Kathrin Stoffel, Mitautorin des Berichts. »Es wird kein geldpolitischer oder wirtschaftlicher Rückenwind zu spüren sein. Das durchschnittliche Wachstum der Geldvermögen dürfte sich in den nächsten drei Jahren zwischen 4 und 5 Prozent einpendeln, wenn man von durchschnittlichen Aktienmarktrenditen ausgeht. Doch wie das Wetter, das im Zuge des Klimawandels immer extremer wird, sind in der neuen geopolitischen und wirtschaftlichen Landschaft mehr Marktschwankungen zu erwarten. »Normale« Jahre könnten eher die Ausnahme werden.«

Maßhalten

Die Zinswende war auch auf der Passivseite der Bilanzen der privaten Haushalte deutlich zu spüren. Nachdem die globale Privatverschuldung 2021 noch um

7,8 Prozent gestiegen war, schwächte sich das Wachstum im vergangenen Jahr deutlich auf 5,7 Prozent ab. Der stärkste Rückgang war in China zu verzeichnen: Das Schuldenwachstum von +5,4 Prozent 2022 war das niedrigste Wachstum seit Beginn der Aufzeichnungen. Insgesamt beliefen sich die Verbindlichkeiten der privaten Haushalte weltweit Ende 2022 auf 55,8 Billionen Euro. Da sich der Abstand zwischen Schulden- und Wirtschaftswachstum auf 3,9 Prozentpunkte vergrößert hat, ist die globale Schuldenquote (Verbindlichkeiten in Prozent des BIP) um mehr als zwei Prozentpunkte auf 66,1 Prozent gesunken.

Damit liegt die globale Schuldenquote der privaten Haushalte wieder ungefähr auf dem gleichen Niveau wie zu Beginn des Jahrtausends – ein bemerkenswertes Maß an Stabilität, das kaum zu dem weit verbreiteten Narrativ einer in Schulden ertrinkenden Welt passt. Allerdings haben sich die Verhältnisse auf der Weltschuldenkarte stark verändert. In erster Linie ist die Entwicklung in den Industrieländern durch Stabilität gekennzeichnet. In den meisten Schwellenländern hingegen sind die Schuldenquoten in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark gestiegen. An der Spitze der Liste steht China, wo sich die Quote auf gut 61 Prozent mehr als verdreifacht hat.

Treue

Das Brutto-Geldvermögen der deutschen Haushalte sank 2022 um -4,9 Prozent und übertraf damit sogar die Verluste während der Finanzkrise (-4,5 %). Hauptursache war die Anlageklasse der Versicherungen/Pensionen, die -12,9 Prozent an Wert verlor; auch Wertpapiere mussten einen starken Rückgang hinnehmen (-7,7 %). Die Bankeinlagen hingegen wuchsen weiter – allerdings war das Plus von 3,7 Prozent der schwächste Anstieg seit neun Jahren. Hier spielt das veränderte Sparverhalten eine Rolle: Während die deutschen Sparer ihre Zuführungen von frischem Geld zu den Bankeinlagen um 24,3 Prozent (auf 112 Milliarden Euro) reduzierten, sanken die Ersparnisse insgesamt »nur« um 21,9 Prozent auf 297 Milliarden Euro.

Damit stieg der Anteil der Kapitalmarktprodukte an den frischen Ersparnissen auf 37 Prozent bzw. 110 Milliarden Euro – fast gleich wie die Einlagen. Die restlichen neuen Ersparnisse (81 Milliarden Euro) wurden in Versicherungen und Pensionen investiert. Im Vergleich zum Jahr vor der Pandemie 2019 ist das Geldvermögen immer noch um 10,1 Prozent höher – allerdings nur nominal. Infla-

tionsbereinigt sind die deutschen Sparer »ärmer« als vor der Pandemie, da ihr Vermögen -2,2 Prozent an Kaufkraft verloren hat.

Das Wachstum der Verbindlichkeiten verlangsamte sich auf 4,4 Prozent, nach 5,2 Prozent im Jahr 2021. Das Netto-Finanzvermögen schließlich ging um satte -8,3 Prozent zurück und der Einbruch lag damit ebenfalls über dem bisherigen »Rekord« von -6,4 Prozent im Jahr 2008. Mit einem Netto-Geldvermögen pro Kopf von 63.540 Euro fiel Deutschland in der Rangliste der 20 reichsten Länder auf Platz 19 zurück und tauschte den Platz mit Österreich (Geldvermögen pro Kopf, siehe Tabelle). Auch Deutschland wird zu einem positiven Wachstum zurückkehren: Im Jahr 2023 soll das Geldvermögen um über 3 Prozent steigen.

Die globalen Nettogeldvermögen pro Kopf im Jahr 2022

		in Euro	J/J in Prozent	Rang 2002
1	USA	251 860	-8,9	2
2	Schweiz	238 780	-4,4	1
3	Dänemark	163 830	-9,9	18
4	Singapur	151 200	+3,9	11
5	Taiwan	141 600	+3,1	10
6	Neuseeland	117 760	-7,6	6
7	Kanada	117 450	-5,7	9
8	Schweden	116 060	-13,2	15
9	Niederlande	103 120	-18,1	7
10	Belgien	97 790	-7,7	3
11	Japan	96 500	-0,3	4
12	Australien	92 630	-6,1	17
13	Israel	92 370	-3,6	13
14	Großbritannien	88 380	-9,2	8
15	Irland	71 360	-3,9	16

		in Euro	J/J in Prozent	Rang 2002
16	Italien	69 350	-6,9	5
17	Frankreich	67 500	-7,1	12
18	Österreich	65 330	-4,6	14
19	Deutschland	63 450	-8,3	19
20	Malta	49 500	+0,6	20

Mein Fazit: In Deutschland steigt die Sorge vor einem gravierenden Wohlstandsverlust.

Gerade in EU-Ländern wie Deutschland oder Österreich, in denen die Mehrzahl meiner Leser ihren Wohn- und Steuersitz haben, ist die Unzufriedenheit der Menschen mit den politischen Rahmenbedingungen in zahlreichen Bereichen vorhanden. Das ist für mich deswegen nicht überraschend, weil viele Bürger jetzt erstmals seit Jahrzehnten den realen oder zumindest drohenden Wohlstandsverlust spüren. Dafür sind nach meiner Einschätzung politische Fehlsteuerungen verantwortlich und diesem Unmut wird zunehmend Luft gemacht.

Wesentliche Gründe liegen unbestritten in den enormen Preissteigerungen und dem damit verbundenen Verlust von Kaufkraft und Geldwertstabilität. In meinem Buch »Finanzielle Selbstverteidigung« bin ich bereits auf die großen Herausforderungen in der Migrationspolitik eingegangen.

✓ **Bankprobleme forcieren Insolvenzen**

Die Turbulenzen am Bankenmarkt bleiben nicht ohne Folgen: Durch die nun noch restriktivere Kreditvergabe der Banken dürften mehr Unternehmen in Schwierigkeiten geraten als noch zu Jahresbeginn erwartet. Der weltweit führende Kreditversicherer Allianz Trade hat daher in seiner jüngsten Insolvenzstudie die Prognose angepasst.

Allianz Trade erwartet in Deutschland für 2023 einen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen um 22 Prozent (bisher 15 Prozent). Das sind rund 17.800 Fälle und damit etwa 800 mehr als ursprünglich erwartet, aber weiterhin 5 Prozent unter dem Niveau von vor der Pandemie. Deutschland folgt mit dieser Entwicklung dem weltweiten Trend: Bei den globalen Insolvenzen rechnet Allianz Trade mit einem Anstieg um 21 Prozent. Der Pleitegeier grüßt somit verstärkt.

Schwach finanzierte bzw. stark verschuldete Unternehmen sind besonders gefährdet.

Die Bankenturbulenzen hinterlassen ihre Spuren auch in Deutschland. Mit den deutlich steigenden Zinsen laufen eher schwach finanzierte Unternehmen Gefahr, in Schwierigkeiten zu geraten. Hinzu kommen zahlreiche weitere Unsicherheiten. Mit den Turbulenzen am Bankenmarkt sind Kreditinstitute nun noch vorsichtiger geworden und restriktiver bei der Vergabe von Krediten. Das kommt für einige Unternehmen zur Unzeit, denn es werden zunehmend KfW-Kredite aus der Pandemie fällig, die die Unternehmen zurückzahlen oder refinanzieren müssen. Nicht alle haben dafür den notwendigen Puffer. Deshalb geht Allianz Trade für 2023 von etwas mehr Insolvenzen aus als bisher.

✓ **Steigende Kosten für Unternehmen**

Hinzu kommt die Verschlechterung der Profitabilität von Unternehmen. Sie kämpfen mit höheren Energiepreisen, die sich aufgrund der langfristigen Kontrakte erst ab diesem Jahr sukzessive auf die Bilanzen durchschlagen. Die steigenden Kosten beim Wareneinsatz sowie bei den Löhnen belasten die Profitabilität zusätzlich. In der Folge wird es auf der Finanzierungsseite dann enger, was sich aktuell bereits an der verschlechterten Zahlungsmoral sowie steigenden Insolvenzen zeigt. Deutschland steht allerdings nicht allein da mit diesem Trend, sondern folgt der globalen Entwicklung. Weltweit erwartet der führende Warenkreditversicherer einen Zuwachs bei den Pleiten um 21 Prozent. Zu Jahresbeginn wurden noch lediglich 19 Prozent erwartet.

In Europa ist die Insolvenzdynamik mit einem erwarteten Zuwachs bei den Pleiten um rund 24 Prozent ausgeprägter als im weltweiten Durchschnitt. Das liegt vor allem an den stark zunehmenden Insolvenzen in den Niederlanden (+52 %), Frankreich (+41 %), Irland (+30 %) und Italien (+25 %). Viele europäische Länder überschreiten das Vorkrisenniveau 2023 bereits deutlich, allen voran Spanien (+75 % im Jahr 2023 vs. 2019), Großbritannien (+29 % vs. 2019), Dänemark, Irland und die Schweiz (+18 % vs. 2019) sowie Frankreich (+15 % vs. 2019).

Mein Fazit: In Deutschland sind mittlerweile bekannte Unternehmen und Marken wie H&M, Orsay, Peek & Cloppenburg oder Reno in die Pleite geschlittert. Der Anstieg der Insolvenzen ist neben den offensichtlichen Problemen im Bankensystem äußerst bedenklich.